

Plädoyer für eine wirksame Jugendpartizipation in Europa

Vortrag im Rahmen der Konferenz zur Jugendpartizipation der Nationalagentur JUGEND am 7. April 2005 in Hannover

Dr. Barbara Tham

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit möchte ich mich nochmals ganz herzlich bei den Organisatoren bedanken, hier über ein Thema zu sprechen, das mir sehr am Herzen liegt, das gegenwärtig auch auf der politischen Agenda vieler Akteure –sowohl im nationalen als auch im europäischen Rahmen- steht und bei dem sich doch die Frage stellt, was genau darunter verstanden wird und wie es in der Praxis umgesetzt werden soll: Jugendpartizipation.

In meinem Beitrag werde ich das Thema Jugendpartizipation im Beziehungsgeflecht von Politik, Jugend und Europa behandeln. Ich möchte damit einige Eckpunkte und vielleicht auch Stolpersteine für die weitere Diskussion liefern, die Sie in den nächsten Tagen zum Thema der Jugendpartizipation führen werden. Sollten meine Ausführungen dabei etwas polarisierend ausfallen, so ist dies durchaus gewünscht und als Ausgangspunkt für den Austausch unterschiedlicher Erfahrungen, Sichtweisen und Forderungen gedacht, um Jugendpartizipation in Europa insgesamt voranzubringen.

Das Verhältnis zwischen der Europäischen Union und den Jugendlichen

Das Verhältnis zwischen der Europäischen Union und den Jugendlichen ist ambivalent und schwierig. Einerseits befindet sich die EU inmitten großer Herausforderungen und Neuerungen. Die Erweiterung sowie die ambitionierten Reformbestrebungen, die zu einer europäischen Verfassung führen sollen, werden die EU und das Leben der in ihr lebenden Bevölkerung auf absehbare Zeit erheblich verändern. Andererseits stößt die europäische Politik jedoch zunehmend auf Distanz und Unverständnis bei den Menschen. Jugendliche stimmen der EU zwar ganz allgemein zu und nur ein geringer Teil lehnt den europäischen Einigungsprozess ab. Allerdings bleibt ihnen der Bezug und

die Relevanz der EU für das eigene Leben unklar. Die Distanz der Bevölkerung zur europäischen Politik hat sich ganz konkret in der niedrigen Beteiligung an den Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 gezeigt. Weniger als die Hälfte der Bevölkerung und nur etwa ein Drittel der Erst- und Jungwähler/innen haben sich an der EP-Wahl beteiligt – so wenige wie noch nie. Ohne eine aktivere Beteiligung der Bevölkerung und insbesondere der jungen Generation am europäischen Einigungsprozess steht jedoch dessen erfolgreiche Weiterentwicklung und grundlegende Legitimation der EU in Frage.

Die wachsende Kluft zwischen der zunehmenden Geschwindigkeit europäischer Integrationsprozesse einerseits und der abnehmenden Transparenz und Akzeptanz europäischer Politik andererseits und damit verbunden ein grundlegendes Legitimationsproblem europäischer Politik wurde von der EU bereits erkannt. In vielen Reformpapieren wird deshalb die Herstellung einer neuen Öffentlichkeit, die intensivere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und ganz allgemein die Schaffung einer aktiven europäischen Bürgergesellschaft gefordert. Inwieweit diese Forderung eingelöst werden kann und welchen Beitrag hierzu die Bildungs- und Jugendarbeit leisten kann, möchte ich im Folgenden darlegen.

Der Stellenwert von Europa in der Bildungs- und Jugendarbeit

Die Politik der Europäischen Union hat sich in den vergangenen Jahren dynamisch fortentwickelt und erstreckt sich mittlerweile auf den Großteil nationaler Gesetzgebung. Europäische Entscheidungen und Programme wirken sich direkt auf das Leben der Bürgerinnen und Bürger aus, prägen ihre Lebensbedingungen und bestimmen zukünftige Entwicklungen. Mit der Erweiterung der EU um zehn weitere Länder sowie durch die beabsichtigten Reformen bei der bisherigen Zusammenarbeit rückt ein Grad der Vertiefung in Reichweite, der eine neue Stufe der Integration in Europa bedeutet. Dies hat auch Einfluss auf die Stellung und Bedeutung Europas in der Welt.

Auf diese Entwicklungen müssen die Bürgerinnen und Bürger Europas und insbesondere die Jugendlichen vorbereitet werden, damit sie sich nicht nur als Spielball unerklärlicher politischer Prozesse fühlen, sondern diese verstehen und auch aktiv

mitgestalten können. Die besondere Herausforderung besteht hierbei zusätzlich darin, dass die politischen Abläufe als solche bereits zunehmend komplexer werden und für ‚Nicht-Insider‘ nur noch schwer nachzuvollziehen sind. Es gilt deshalb, Politik im Allgemeinen und deren europäische Ausrichtung im Besonderen nachvollziehbar zu machen und dabei Räume zu eröffnen, in denen sich junge Menschen verorten und ihre Interessen einbringen können.

Die Jugend- und Bildungsarbeit steht damit vor der Aufgabe, die Vermittlung zwischen Politik und Jugendlichen in beiderlei Richtung neu zu gestalten. In diesem Kontext ist insbesondere die politische Bildung gefragt. Zum einen geht es darum, neue Wege und Methoden in der politischen Bildung zu entwickeln und umzusetzen und somit überhaupt erst die Voraussetzungen für ein Aktivwerden in der Bürgergesellschaft zu schaffen. Zum anderen bedeutet dies, dem Interesse Jugendlicher nach Beteiligung an Politik und Gesellschaft Geltung zu verschaffen und hier neue Formen der Mitwirkung zu ermöglichen. Im Hinblick auf die europäische Dimension politischer Entwicklungen gilt es zu klären, was unter der „europäischen Bürgergesellschaft“ zu verstehen ist, wie diese mit Leben gefüllt und als konstruktiver, aber auch kritischer Spiegel der offiziellen europäischen Politik tätig werden kann. Die große Herausforderung besteht dabei darin, europäische Themen nicht nur als Gegenstand auf der europäischen oder nationalen Ebene zu behandeln, sondern durchgehend bis zur kommunalen Struktur als Querschnittsthema kontinuierlich und selbstverständlich zu reflektieren. Nur so kann es gelingen, Europa zu einer zweifellosen Größe zu machen, die von einer breiteren Öffentlichkeit wahrgenommen und aktiv mitgetragen wird.

Die Bedeutung der politischen Bildung für Europa

Im Kontext der neuen Bildungsanforderungen in Europa gilt es, die politische Bildung im Sinne der Kompetenzstärkung der Bürgerinnen und Bürger hervorzuheben und deren Wirkung im sozialen und gesellschaftlichen Bereich zu unterstreichen. In vielerlei Hinsicht stellt die politische Bildung die Grundlage dar, um weitere kulturelle und soziale Bildungsangebote – wie beispielsweise im Bereich des interkulturellen Lernens – in konkreten Lebenszusammenhängen anwenden zu können. Aufgabe der politischen

Bildung ist es hierbei, Jugendliche auf die aktuellen gesellschaftspolitischen Herausforderungen vorzubereiten, sie zu befähigen, Ambivalenzen auszuhalten sowie eigene Lebenschancen zu erkennen und zu nutzen.

Die europäische Dimension spielt bei den derzeitigen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Umbrüchen, die durch den Übergang zur Informations-, Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft bedingt sind, eine Schlüsselrolle. Dies bezieht sich insbesondere auf den Bereich der Umstrukturierung des Arbeitsmarktes. Hinzu kommt die zunehmende Internationalisierung und Globalisierung aller Lebens- und Ausbildungszusammenhänge sowie eine verstärkte Pluralisierung der unterschiedlichsten Gesellschaftskontexte und der damit verbundenen individuellen Lebensentwürfe. Im Kontext politischer Bildung können diese Fragen konstruktiv aufgegriffen und die persönlichen und gesellschaftliche Gestaltungsmöglichkeiten kritisch diskutiert werden.

Im Gegensatz zu den oben angerissenen aktuellen Herausforderungen nimmt die politische Bildung in der Öffentlichkeit jedoch keinen hervorgehobenen Stellenwert ein. Sie spielt eher eine marginale Rolle, ist unterfinanziert und von weiteren Mittelkürzungen bedroht. Dies hat zur Folge, dass die politische Bildung zunehmend im Rahmen von kurzfristigen Projektvorhaben angelegt oder als spektakuläres Event betrachtet wird, nicht aber als das, was ihre eigentliche Funktion ausmacht: als langfristige, kontinuierliche Bildungsaufgabe in der Demokratie. Stattdessen wird sie in prekäre finanzielle Strukturen abgedrängt und kann damit nur schlecht den bestehenden Aufgaben und Herausforderungen gerecht werden. Politische Bildung im Sinne von Befähigung und Ermutigung zu aktivem bürgerschaftlichem Interesse und Engagement benötigt jedoch eine den Zielen angemessenere Förderung. Seitens der Politik gilt es daher, die Bedeutung der politischen Bildung zu stärken und die erforderlichen Rahmenbedingungen zur Unterstützung von nachhaltigen Bildungsprozessen bereit zu stellen, damit diese ihren Aufgaben auch entsprechend nachkommen kann.

Die Bedeutung der Jugendpartizipation als zeitgerechte Form der aktiven Mitwirkung

Jugendliche haben hohe Erwartungen an die Politik, sie sind jedoch unzufrieden mit deren Umsetzung und sehen wenig Teilhabemöglichkeiten und Mitspracherechte für sich selbst. Sie fühlen sich von der Politik nicht ernst genommen. Statt dessen fordern sie neue und unkonventionelle Partizipationsformen, die sich in überschaubaren Räumen und Zeitspannen situativ und flexibel in Vorhaben und Projekte umsetzen lassen, dabei Spaß machen und ergebnisorientiert sind. Diesen Erwartungen muss im Rahmen der Jugend- und Bildungsarbeit Rechnung getragen werden, um die Wirksamkeit von Jugendpartizipation zu unterstützen. Politische Bildung, ebenso wie konkrete Mitwirkungsprojekte werden nur dann für Jugendliche attraktiv, wenn sie sich an deren Interessen orientieren und jugendrelevante Methoden zum Einsatz kommen. Die von Jugendlichen eingeforderte Partizipation bedeutet, dass junge Menschen durchaus bereit sind, sich für ihr soziales Umfeld einzusetzen. Sie sollten daher als Expertinnen und Experten ihrer eigenen Situation ernst genommen und ihre Sichtweisen und Forderungen in die Planung und Gestaltung ihrer Lebenswelten einbezogen werden. Hierfür kann die Jugend- und Bildungsarbeit die notwendige Hilfestellung geben. Umgekehrt gilt es jedoch auch, die Politik aufzufordern, sich für die Mitwirkung von jungen Menschen zu öffnen, deren Anliegen ernst zu nehmen und auch ihrerseits neue Wege und Möglichkeiten der Beteiligung zu erschließen.

Gelungene Jugendpartizipation setzt ein für beide Seiten positives Verhältnis von Jugend und Politik voraus. Um dieses Verhältnis, welches sich derzeit alles andere als lebhaft oder gar gewinnbringend gestaltet, effektiv zu verbessern, muss sich auch die Jugend- und Bildungsarbeit einer kritischen Prüfung unterziehen, um für junge Menschen attraktiv und tatsächlich interessant zu sein. In diesem Sinne gilt es, politische Bildung innovativ und zukunftsbezogen zu gestalten, so dass sie eine Brücke zwischen den konkreten Bedürfnissen der Teilnehmenden, den gesellschaftlichen Herausforderungen und den politisch Verantwortlichen herzustellen weiß. Im Hinblick auf Europa bedeutet dies, das Bewusstsein für ein aktives Engagement in der europäischen Gesellschaft zu schärfen und die Mitwirkungsmöglichkeiten der Jugendlichen dabei zu stärken. Dies ist ein wichtiger Beitrag für eines der größten und

wichtigsten Politikziele der Zukunft: die Schaffung eines „Europas der Bürgerinnen und Bürger“.

Ich komme nun zu einigen konkreten Handlungsempfehlungen, die aus meiner Sicht von grundlegender Bedeutung für eine effiziente Jugendpartizipation sind:

1. Der Stellenwert der politischen Bildung in der Gesellschaft ist deutlich aufzuwerten.

Eine verbesserte individuelle Orientierungs- und Handlungsfähigkeit ist für die einzelnen Mitglieder einer Gesellschaft die Grundvoraussetzung dafür, dass sie sich aktiv für die Gestaltung ihrer zunehmend komplexer werdenden Umgebung einsetzen können. Zur Optimierung der Partizipation, besonders von jungen Menschen, kann daher ein direkter Zusammenhang zum Stellenwert der politischen Bildung gezogen werden. Hierzu reicht es nicht aus, die Wichtigkeit von gesellschaftlichen und politischen Bildungszusammenhängen hervorzuheben. Es sind auch konkrete Initiativen notwendig, die zur tatsächlichen Vermittlung des notwendigen Wissens und der relevanten Kompetenzen führen. Da es sich bei sozialen und politischen Bildungsprozessen um langfristige Entwicklungen handelt, ist es wichtig, die Rahmenbedingungen so auszurichten, dass sie eine kontinuierliche und nachhaltige Verankerung der politischen Bildung in der Gesellschaft garantieren.

Es kann in diesem Zusammenhang durchaus nützlich sein, über Kampagnen das Partizipationsbewusstsein zu wecken. Allerdings reichen im Weiteren Kampagnen, Großkongresse und zeitlich begrenzte, einmalige Aktionen nicht aus, um eine Aufwertung der politischen Bildung langfristig zu erreichen. Hierzu sind strukturelle Veränderungen von Nöten, die auch eine bessere finanziellen Ausstattung – einschließlich der Sicherung der Beschäftigungsverhältnisse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Bildungs- und Jugendarbeit – einschließen. Andererseits sind auch die Veranstalterinnen und Veranstalter von solchen Initialveranstaltungen dazu aufgerufen, Anschlusskonzepte vorzulegen, die von praktischem und konkretem Nutzen

für die Jugendlichen und ihre Umwelt sind. Sonst laufen sie Gefahr, den Einwand, letztlich bliebe es nur beim Diskutieren, selbst zu bekräftigen.

2. Die schulische und die außerschulische Bildung sollten überall dort sinnvoll verknüpft werden, wo sich dadurch ein Mehrwert erreichen läßt.

Im Bezug auf den Wissens- und Kompetenzerwerb der jungen Generation können hierdurch in zahlreichen Bereichen neue Räume der Vermittlung erschlossen sowie eine breitere jugendliche Öffentlichkeit für gesellschaftspolitische Belange in Europa interessiert werden. In der Zusammenarbeit von schulischer und außerschulischer Bildungsarbeit lassen sich vielfältige Formen entwickeln, in denen das direkte Erleben von Europa möglich ist. Hierfür bestehen in der Praxis bereits eine Reihe von erfolgreichen Kooperationen, die es zu vervielfältigen gilt. Voraussetzung hierfür ist die gleichberechtigte Zusammenarbeit von schulischer und außerschulischer Bildung bzw. die gleichberechtigte Anerkennung von formalem und nicht-formalem Lernen. Noch vorhandene Barrieren zwischen Schule und Jugendarbeit gilt es dabei konsequent abzubauen und die künstlichen Grenzen zwischen den beiden Lernformen im Interesse der Jugendlichen zu überwinden.

Ein erstes Aktionsfeld für die erfolgsversprechende Verschränkung von schulischen und außerschulischen Lernformen ist die Durchführung von Aktionstagen und Projektwochen. Beispielhaft seien hier „Europatage“ oder „Europawochen“ an Schulen genannt, in denen fächerübergreifende und projektorientierte Angebote der europabezogenen Jugendarbeit möglich sind. Auch der 2003 europaweit an Schulen durchgeführte ‚Europäische Frühling‘ zum EU-Konvent bietet neue Wege und Möglichkeiten der Beschäftigung mit Europa. Diese bereits vorhandenen Angebote gilt es daher extensiver zu nutzen und auch die Rahmenbedingungen und Ressourcen politisch so zu gestalten, dass neue Projekte und Initiativen entwickelt werden können.

3. Die nicht-formalen Bildungserfahrungen müssen sichtbarer werden.

Die PISA-Untersuchung sowie andere europäische Studien über Bildung und Lernen haben gezeigt, dass das nicht-formale Lernen einen wesentlichen Beitrag zu den so genannten Schlüsselqualifikationen junger Menschen beiträgt. Kommunikative Fähigkeiten, Organisationstalent, interkulturelle Kompetenzen und soziale Fähigkeiten sind nur einige von vielen Talenten, die insbesondere in der Jugendarbeit erworben werden und im Europa des Wissens von enormer Bedeutung sind. Aus diesem Grund ist es wichtig, die Bedeutung des nicht-formalen Lernens für das lebensbegleitende Lernen deutlicher hervorzuheben und gezielt zu unterstützen. Bisher werden die in der außerschulischen Bildungs- und Jugendarbeit erzielten Ergebnisse und Erkenntnisse jedoch noch nicht in ausreichendem Maße zur Kenntnis genommen und gewürdigt.

Um eine deutliche Aufwertung der nicht-formalen Bildung zu erzielen, ist darüber nachzudenken, wie die hier erworbenen Qualifikationen besser erkennbar dargestellt und analog zum „Berufsbildungspass“ gegebenenfalls in einem „Qualifizierungspass“ dokumentiert werden könnten.

4. Die Information und die Partizipation sind wechselseitig miteinander zu verbinden.

Aktuellen Themen der europäischen Politik – wie die Diskussion um die EU-Verfassung – müssen mittels jugendgerechter Strategien vermittelt werden, um sicherzustellen, dass Jugendliche die grundlegenden Informationen überhaupt erreichen. Gerade im Kontext der Diskussion um eine EU-Verfassung ist es unabdingbar, eine breite Öffentlichkeit an dieser Debatte teilhaben zu lassen. Hierfür ist eine zielgruppenspezifische Informations- und Diskussionskampagne notwendig, die sich streng an qualitativen Kriterien der Jugend- und Bildungsarbeit orientiert und sich damit von den üblichen, meist oberflächlichen Informationskampagnen unterscheidet. Um dies zu erreichen, ist es wichtig, Jugendliche selbst als Informationsträgerinnen und Informationsträger stärker in die Öffentlichkeitsarbeit einzubeziehen. Auf diesem Wege wäre eine ideale Grundlegung zur besseren Verbindung von Jugendinformation und Partizipation möglich.

Als Anknüpfungspunkt für einen gelungenen Ansatz jugendgerechter Information unter unmittelbarem Einbezug der Jugendlichen selbst bietet sich das Modell der Peer Group-Education an. Empfehlenswert ist daher eine breit angelegte Informationskampagne unter Einbindung der Jugendlichen in Schulen und Jugendeinrichtungen zur Vermittlung der EU-Verfassung als qualitatives Angebot der Jugendinformation.

5. Der Dialog zwischen Politikerinnen und Politikern und den Jugendlichen sowie Verantwortlichen der Jugendarbeit ist zu vertiefen, um zu einem besseren gegenseitigen Verständnis zu gelangen.

Zur Aufwertung der Bildungs- und Jugendarbeit und besseren Sensibilisierung der politischen Akteurinnen und Akteure erscheint es sinnvoll, Politik und Jugend in einen direkten Kontakt zu bringen. Auf den unterschiedlichsten Ebenen wäre ein institutionalisiertes Austauschforum für beide Seiten gewinnbringend. Politisch Verantwortliche können hier für Jugendbelange und jugendrelevante Themen sensibilisiert werden. Auch kann die Wirksamkeit von Jugendpartizipationsprojekten nur dadurch erhöht werden, wenn Politikerinnen und Politiker über die Initiativen ausreichend informiert sind und erkennen, dass diese in Fachfragen einen durchaus konstruktiven Beitrag liefern können.

Initiativen, bei denen Verantwortliche aus Politik, Jugendbildungsarbeit, Wissenschaft und den Medien gemeinsam Konzepte zur Verbesserung der Jugendpartizipation entwickeln, sollten verstärkt ins Leben gerufen und untereinander vernetzt werden. Als kontinuierliche Einrichtung könnten sie im Ergebnis auch zur Etablierung von „Lobbygruppen von Jugendpartizipation“ führen. Darüber hinaus könnten gezielte Fortbildungsveranstaltungen zu jugendrelevanten Themen für Verantwortliche in der Politik angedacht werden, um die Lobbyarbeit inhaltlich zu unterfüttern.

6. Die Ergebnisse von Jugendbeteiligungsprojekten gilt es in den weiteren politischen Entscheidungsprozess einzubeziehen.

Die Mittel, die für Jugendbeteiligungsprojekte eingesetzt werden, sind nur dann effektiv genutzt, wenn auch tatsächlich politische Konsequenzen aus den Arbeitsergebnissen gezogen werden. Durch die Rückbindung der Jugendbeteiligung an die regulären Politikprozesse lässt sich eine nachhaltige Zustimmung und eine jugendgerechte Qualität bei politischen Entscheidungen erreichen. Für die optimale Umsetzung ist allerdings eine eindeutige Rechtsverbindlichkeit herbei zu führen.

Jugendparlamente, Jugendforen oder andere Formen der Anhörung von Jugendlichen eignen sich sowohl kurz-, mittel- wie auch langfristig hervorragend dazu, die Interessen Jugendlicher im Hinblick auf verschiedene Themen herauszuarbeiten und deutlich zu machen. Damit es jedoch nicht nur bei der Artikulation Jugendlicher bleibt, sondern deren Vorschläge, Wünsche, Anregungen oder Kritik auch Eingang in die Politikgestaltung findet und längerfristig verfolgt und umgesetzt wird, ist es erforderlich, hierfür verbindliche Regelungsmechanismen festzusetzen. Diese sollen den weiteren Umgang der Politik mit den Jugendlichen und den von ihnen geäußerten Interessen regeln und zu einer effizienten Beteiligung führen. Politische und gesellschaftliche Akteurinnen und Akteure sind aufgerufen, konkrete Mitwirkungsmöglichkeiten für Jugendliche zu erschließen, um dem Wunsch von Jugendlichen nach Eigenengagement auf geeigneten Ebenen entsprechen zu können.

Mit diesen sechs Empfehlungen, die sicherlich nur einen Teil der vielfältigen Aspekte von Jugendpartizipation widerspiegeln, möchte ich meine Ausführungen schließen und zum Schluss kommen.

Die junge Generation ist eine der wichtigsten Zukunftsressourcen in Europa. Dies bedeutet in der praktischen Ausgestaltung von Jugend- und Bildungspolitik, keine finanziellen Sparkonzepte im Jugendbildungsbereich anzusetzen, sondern deutlich in die Bereiche der formalen und nicht-formalen Bildung zu investieren sowie eine Ausweitung der Jugendarbeit im Sinne von Internationalisierung und Europäisierung zu ermöglichen. Die Grenzen zwischen nationaler und internationaler Bildungsarbeit lassen sich kaum noch exakt ziehen: europäische, interkulturelle Lehr- und Lernräume befinden sich zusehends direkt „vor Ort“.

Um die Wirksamkeit von Jugendpartizipation in Europa zu erhöhen, stellt sich jedoch die Frage, inwieweit die Jugend- und Bildungsarbeit in der Lage ist, die vielfältig aufgezeigten Handlungsoptionen aufzugreifen. Dies ist davon abhängig, wie die vorhandenen Rahmenbedingungen besser ausgenutzt werden können beziehungsweise verändert werden müssen, um dem breiten Aufgabenspektrum gerecht zu werden. Das Bewusstsein für ein aktives Engagement in der europäischen Gesellschaft zu schärfen und die Mitwirkungsmöglichkeiten der Jugendlichen dabei zu stärken, ist ein wichtiger Beitrag für die Schaffung eines weltoffenen Europas der Bürgerinnen und Bürger. Dies sollte der Schwerpunkt der zukünftigen Bildungs- und Jugendarbeit sowie der damit befassten Politik sein.

Ich hoffe, dass ich Ihnen mit meinen Ausführungen einige Anregungen zur Diskussion geben konnte, bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und bin gespannt auf den weiteren Verlauf und die Ergebnisse dieser Veranstaltung.